

## **R1: Die Revolution wird feministisch oder unbedeutend!**

*Resolution der Geschäftsleitung zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 18.&19.02.2023 in Bern*

Am 14. Juni 2023 werden wir streiken. Wir, Frauen, trans, non-binäre, inter und agender Personen, mit solidarischen cis Männern an unserer Seite, werden streiken, um zu fordern, dass die Ketten unserer Unterdrückung innerhalb des patriarchalen Systems endlich gesprengt werden. Denn seit dem feministischen Streik von 2019 hat sich die Situation kaum verbessert, oder schlimmer noch, manchmal sogar verschlechtert. Aber wir wollen keine Inklusion und Gleichheit mit Männern innerhalb eines kapitalistischen Systems, denn unsere Freiheit kann nicht erreicht werden, solange die Arbeitskraft aller Arbeiter\*innen ausgebeutet wird. Unsere Freiheit kann auch nicht verwirklicht werden, solange Transphobie, Ableismus, Rassismus, Fettfeindlichkeit und Queerfeindlichkeit existieren. Unser Kampf für Freiheit muss also intersektional sein. Denn wir werden nicht frei sein, solange es nicht alle sind, auch wenn wir unterschiedliche Fesseln tragen!<sup>1</sup>

Hier also, was wir am 14. Juni 2023 auf der Strasse und schon heute bei der SP Schweiz, den feministischen Kollektiven und unseren anderen Partnern fordern.

### **1. Das Recht auf Abtreibung muss in die Verfassung!**

Im patriarchalen System sind die Körper von FLINTA-Personen Terrain, das es zu erobern und zu kontrollieren gilt. Der Schutz ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte ist daher von grundlegender Bedeutung. Im "globalen Norden" wird insbesondere das Recht auf Abtreibung von rechtskonservativen Kreisen immer wieder in Frage gestellt. Dabei ist das Recht von Menschen mit einer Gebärmutter, über ihren Körper zu verfügen, ein unveräußerliches Recht: Nur sie können beurteilen, was eine Schwangerschaft in ihrem Leben bedeutet, und daher entscheiden, ob sie sie abbrechen wollen oder nicht.

In der Schweiz ist der freiwillige Schwangerschaftsabbruch heute nur unter bestimmten Bedingungen straffrei, z. B. bei Betreuung durch einen anerkannten Arzt und innerhalb einer Frist von 12 Wochen. Doch dabei handelt es sich um eine grundlegende Frage der sexuellen Gesundheit und nicht um ein Verbrechen! Wir wollen daher den Schutz des Rechts auf Abtreibung stärken. Es muss ein konstitutionell geschütztes Recht für Frauen und alle Menschen mit einer Gebärmutter sein. Wir fordern außerdem, dass Zentren für sexuelle Gesundheit mehr finanzielle Mittel erhalten, dass die freie Entscheidung für eine Abtreibung garantiert wird und dass Verhütungsmittel für alle kostenlos sind.

### **2. Für ein würdiges Leben im Alter: Volkspensionskasse jetzt!**

In einem sozialen und solidarischen Staat muss das Rentensystem ein würdiges Leben für alle Menschen im Alter gewährleisten. Doch diese Aufgabe erfüllt er heute nicht: Soziale Ungleichheiten im Erwerbsleben werden im Alter reproduziert und verschärft, und FLINTA-Personen sind die ersten Opfer. Weil Frauen immer noch eine Lohnlücke von 19%<sup>2</sup> haben und den Großteil der Care-Arbeit in ihrem Haushalt leisten, ist ihre Rente im Alter um ein Drittel niedriger als die der Männer. FLINTA-Personen, die zusätzlich diskriminiert werden, wie Menschen ohne Papiere,

<sup>1</sup> Zitat von Audre Lorde, Sister Outsider.

<sup>2</sup> Die Hauptursachen dafür sind Sexismus und Transmysoginie, eine Überrepräsentation in Niedriglohnssektoren, Teilzeitbeschäftigungen und Karriereunterbrüche aufgrund der Belastung durch Care-Arbeit, die sie mehrheitlich auf ihren Schultern tragen. Wir sprechen hier von Frauen, da die Statistiken des Bundesamtes nur binär sind.

Rassismusbetroffene oder Menschen mit Behinderungen, sind mit noch größeren Unsicherheiten konfrontiert.

Wir wollen endlich ein würdiges Leben im Ruhestand für alle sicherstellen: Wir wollen die unsoziale zweite Säule abschaffen und eine Volkspensionskasse einführen, in der die Renten vollständig nach dem Umlageverfahren und nicht mehr nach dem Kapitaldeckungsverfahren gebildet werden. Alle Erwerbstätigen zahlen proportional zu ihrem Einkommen ein, einschließlich ihrer Kapitalerträge aus Mobilien und Immobilien, und alle in der Schweiz lebenden Personen im Rentenalter erhalten eine Rente von mindestens 4000 Franken, einschließlich der Sans-Papiers. Dieses kollektive und solidarische System wird die Finanzierung unserer Renten dauerhaft sicherstellen und das Risiko eines möglichen Defizits der AHV ausschließen.

### **3. Für eine 25h-Woche!**

Die derzeitigen Strukturen der Lohnarbeit, wie die 42-Stunden-Woche, orientieren sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen. Sie sind darauf ausgelegt, dass in einer traditionellen Familie der Großteil der Care-Arbeit von FLINTA-Personen geleistet wird. Diese gehen meist auch einer bezahlten Beschäftigung nach, da die Reallöhne zu niedrig sind, und kumulieren so eine doppelte Arbeitsbelastung. Es macht keinen Sinn, so viel zu arbeiten: Die jüngste Steigerung der Arbeitsproduktivität hat sich nicht in entsprechenden Lohnerhöhungen niedergeschlagen, und die Produktionssteigerung, die dem Streben nach unendlichen Profiten folgt, ist die Ursache für die aktuelle Klimakrise. Um besser zu leben, unbezahlte Care-Arbeit gleichberechtigt zu teilen und die Klimakrise zu bekämpfen, wollen wir daher eine 25-Stunden-Arbeitswoche bei gleichem Lohn!

### **4. Ein Platz in einem Schutzhaus für jede Person, die Opfer von sexualisierter Gewalt ist!**

Sexualisierte Gewalt tötet. Im Jahr 2022 starben in der Schweiz 16 Frauen nur deshalb, weil sie Frauen waren. Trans Personen sind aufgrund der erlebten Diskriminierung und Hassverbrechen einem bis zu zehnfach höheren Selbstmordrisiko ausgesetzt als cis Personen. Dennoch gibt es in den Frauenhäusern der Schweiz nur 300 der 860 Plätze, die als Minimum notwendig wären, und die überwiegende Mehrheit nimmt nur cis Frauen auf. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist viel zu niedrig!

Wir fordern daher, die Kapazitäten der bestehenden Frauenhäuser zu erhöhen und neue Frauenhäuser zu schaffen, um sicherzustellen, dass alle schutzbedürftigen Opfer sexualisierter Gewalt geschützt werden können. Alle bestehenden Heime müssen für trans und nicht-binäre Menschen geöffnet werden, und in der ganzen Schweiz müssen Heime eingerichtet werden, die ausschließlich dem Schutz von trans Personen gewidmet sind und in trans Themen geschultes Personal haben. Es ist höchste Zeit, dass alle Menschen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, physischen, rechtlichen und finanziellen Schutz erhalten!

### **5. Der Kampf gegen patriarchale Strukturen braucht einen zweckgebundenen feministischen Fonds!**

Die Strukturen unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind auch heute noch zutiefst patriarchalisch. Beispielsweise leisten FLINTA-Personen den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit, deren Wert sich auf 242 Milliarden Franken pro Jahr beläuft. Das müssen wir ändern: Wir fordern die Einrichtung eines feministischen Fonds, der sich der Finanzierung des Kampfes gegen patriarchale Strukturen widmet. Wir müssen massiv investieren in feministische Bildung in der Schule, in die

Infrastruktur für die Pflege und Betreuung von Kindern, Erwachsenen und älteren Menschen, in das Gesundheitswesen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der medizinischen Versorgung von FLINTA-Personen, insbesondere von trans und inter Personen, sowie in die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt.

Dieser feministische Fonds soll durch eine Steuer auf das Vermögen der Ultrareichen finanziert werden, das durch die harte Arbeit der gesamten Gesellschaft angehäuft, aber nicht gerecht verteilt wird: Über das gesamte Leben betrachtet ist das Einkommen von Frauen um 43% niedriger als das von Männern . Der feministische Fonds muss unter demokratische Kontrolle von FLINTA-Personen gestellt werden: Nur Betroffene sollen demokratisch entscheiden können, welche strukturellen Veränderungen finanziert werden, um ihr tägliches Leben bestmöglich zu verbessern.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme.